

# Bereitschaftspolizei geht neuen Weg bei der Dienstplanung

**Die Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht – Fußballereinsätze bis in die Amateurligen hinein, Demonstrationen, Silvester, Karneval, Schwerpunkteinsätze und länderübergreifende Unterstützungen wie Elmau oder jüngst der G20-Gipfel in Hamburg sind nur einige der Herausforderungen, die gemeistert werden müssen. Die Folge: Immer häufiger werden die wenigen erlassfreien Wochenenden gestrichen, meist sogar sehr kurzfristig. Selbst die freien Tage in der Woche fallen der Einsatzlage immer häufiger zum Opfer. Und 12- bis 14-Stunden-Schichten sind schon längst keine Ausnahme mehr. Um das zu ändern, hat das Innenministerium im Sommer des vergangenen Jahres auf Initiative des PHPR eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie sollte Lösungsansätze erarbeiten, die zu einer verlässlichen Dienstplanung führen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor. Ab dem 1. April sollen sie in einer 15 Monate dauernden Pilotphase auf ihre Praxistauglichkeit hin geprüft werden.**

„Die alte Dienstplanung, insbesondere die Regelung zum erlassfreien Wochenende, hat dem lagebedingten Stresstest der letzten Jahre nicht mehr standgehalten“, bringt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens die Kritik der Kolleginnen und Kollegen in der Bereitschaftspolizei auf den Punkt. „Deshalb muss das Recht auf mindestens ein freies Wochenende innerhalb von vier Wochen wiederhergestellt werden“, ergänzt Mertens, der sich im GdP-Vorstand um die Hundertschaften kümmert.

In dem jetzt vorliegenden Erlass, der zum nächst für den Pilotzeitraum vom 1. April 2017 bis zum 30. Juni 2018 gilt, ist deshalb vorgesehen, dass neben dem Einsatzzug der jeweiligen Hundertschaft, der durch Abwesenheitszeiten wegen Urlaub, Krankheit oder Wachfrei nicht verfügbar ist, in Zukunft alle zwei Wochen eine weitere Gruppe nicht verfügbar ist. Zudem kann einem weiteren Zug ohne eine Gruppe dieser Einheit priorisierend dienstfrei

gewährt werden. Abweichend von dieser Regelung gibt es nur eine Ausnahme: die Anordnung der „größtmöglichen Verfügbarkeit“. Eine ähnliche Regelung gilt auch für die Dienstplanung innerhalb der Woche.



Die Planungshoheit und damit die Verantwortung für die Umsetzung dieser Regel obliegen den Einheitsführern. Aber auch die Beamtinnen und Beamten können und sollen aktiv an ihrer Dienstplanung mitwirken.

Darüber hinaus gelten für die Dienstplanung der Bereitschaftspolizei folgende Grundsätze:

- Schwerpunkteinsätze aller Stufen, also auch die der Stufe 4, sollen mit Stütz- und Wirkzeit die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden nicht überschreiten.
- Die vorgeplante Einsatzzeit hat bei Änderungen Vorrang vor der Regionalität.
- Die Abwesenheitsquote von 50 Prozent wird zur Flexibilisierung der Planung in den Einheiten aufgehoben.
- Die Einsätze dürfen in der Vorplanung zwölf Stunden nicht überschreiten; Ruhezeiten von elf Stunden sind zwingend einzuhalten.
- Der Mindeststandard für die Anforderung von BP-Kräften ist die Zugstärke; einzelne Gruppen sollen nur in begründeten Ausnahmefällen eingesetzt werden.

Damit die von der Arbeitsgruppe festgelegten Standards auch in der Praxis umgesetzt werden, wird die vom Innenministerium eingesetzte Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit auch über den 1. April dieses Jahres hinaus fortsetzen und den Probelauf kontinuierlich begleiten. Die GdP hatte gefordert, dass die Arbeitsgruppe während dieser Phase zudem durch einzelne Zugführer sowie durch Gruppenbeamtinnen und -beamte erweitert wird. Diese Forderung ist bei den Verantwortlichen des Ministeriums auf offene Ohren gestoßen.

Auf einem am Aschermittwoch durch die GdP organisierten Tagesseminar für die Vertrauensleute aller 18 Hundertschaften bestand in einem Punkt Einigkeit: Für die Verlässlichkeit der freien Wochenenden ist entscheidend, dass die nicht verfügbaren

Kräfte auch wirklich nicht verfügbar sind. Wenn sie als „stille Reserve“ genutzt werden, wird das neue Modell scheitern! Die GdP hat deshalb ihre

Zustimmung zum Pilotprojekt an die Einhaltung dieser Zusage des Innenministeriums gebunden. Sie wird mithilfe ihrer Vertrauensleute in den

Hundertschaften darauf achten, dass diese Zusage auch in der Praxis eingehalten wird!

## Dienstfrei schwarz muss schwarz bleiben



Seit Jahren gibt es massive Beschwerden aus dem Bereich der Bereitschaftspolizei, dass die Regelungen zum Erlassfrei nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind. Von den 13 vorgeplanten dienstfreien Wochenenden ist es nicht ungewöhnlich, dass fünf bis sieben im Verlaufe des Jahres gestrichen werden. Dies macht deutlich, wie hoch die Einsatzbelastung der Hundertschaften, insbesondere an den Wochenenden ist und es macht deutlich, dass wir für die in NRW zu bewältigende Einsatzlagen an Wochenenden zu wenige Hundertschaften haben.

Für die Kolleginnen und Kollegen in den Hundertschaften führt das zwangsläufig dazu, dass gesicherte Vorplanungen am Wochenende größtenteils nur über Urlaub möglich sind und sie ständig aus sozialen Kontakten gerissen werden bzw. diese kaum vorplanen können. Dies ist völlig inakzeptabel. Von daher ist der jetzt am 1. April beginnende Probelauf mit veränderten Rahmenbedingungen zu begrüßen. Richtig ist aber auch, dass sich an der Überlastung der Hundertschaften nichts ändern wird, wenn die jetzt neu definierten Regeln des Dienstfrei von 18 Zügen sowie von zusätzlichen 18 Gruppen nicht an jedem Wochenende konsequent eingehalten werden. Das von der Arbeitsgruppe benannte „schwarze Dienstfrei“ muss bei jeglicher Dienstvorplanung außen vor bleiben! Dies darf auch nicht dadurch umgangen werden, dass in der Zukunft inflationär die größtmögliche Verfügbarkeit ausgerufen wird!

Ein weiterer Punkt, den die GdP genau beobachten wird, ist die Heranziehung der Kolleginnen und Kollegen aus den Alarmzügen. Die jetzigen Regelungen dürfen nicht dazu führen, dass die Alarmzüge zu einer zusätzlichen Personalreserve der Hundertschaften am Wochenende werden, da die Stärken auf den Wachen bereits heute im kritischen Bereich liegen und ein dienstfreies Wochenende auch dort die Ausnahme ist. Der Probelauf bietet jedoch eine Chance, wenn der Mut besteht, nur die Kräfte einzusetzen, die planerisch zur Verfügung stehen. Wir sollten sie nutzen.

**Arnold Plickert,**  
Landesvorsitzender

## Neustart in der Frauenförderung erforderlich

In dem seit Monaten andauernden Rechtsstreit über die Frauenförderung hat das Oberverwaltungsgericht in Münster (OVG) das seit dem 1. Juli vergangenen Jahres geltende neue Beförderungsgesetz in NRW für unwirksam erklärt. Nach Meinung der Richter sind die darin enthaltenen Regelungen zur Frauenförderung nicht mit dem Grundsatz der Bestenauslese vereinbar und deshalb verfassungswidrig.

Wie es nach diesem Urteil weitergeht, ist bislang unklar, denn unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung hat die rot-grüne Landesregierung angekündigt, das Urteil nicht zu akzeptieren und stattdessen das eigene Gesetz dem Landesverfassungsgerichtshof in Münster zur Prüfung vorzulegen.

Die GdP hält diese Entscheidung für falsch, weil bis zur Vorlage eines endgültigen Urteils weiter Unklarheit herrscht, auf welcher Rechtsgrundlage Beförderungsgesetzentscheidungen in NRW gefällt werden können. Schlimmstenfalls könnte der Rechtsstreit sogar mehrere Jahre dauern, weil auch der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof die Frage der Vereinbarkeit des von Rot-Grün verabschiedeten Gesetzes mit dem Grundgesetz nicht abschließend klären kann, sondern nur das Bundesverfassungsgericht. Alle bis dahin gefällten Beförderungsgesetzentscheidungen könnten von den Gerichten wieder gekippt werden. Deshalb wäre es besser gewesen, dass jetzige Urteil zu akzeptieren und ei-

nen Neustart in der Frauenförderung zu machen.

In seinem Urteil hat das OVG in Münster auch darauf hingewiesen, dass das zentrale Problem die Benachteiligung von Frauen und von Teilzeitkräften in der Beurteilung ist. Das sieht die GdP genauso. Sie fordert deshalb bereits seit Jahren, dass die bestehenden Beurteilungsrichtlinien bei der Polizei so geändert werden, dass Frauen und Teilzeitkräfte nicht mehr benachteiligt werden. „Dass es Behörden gibt, in denen Frauen kaum Spitzenbeurteilungen erhalten, ist nicht nachvollziehbar“, kritisierte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden des Urteils aus Münster. „Das muss sich dringend ändern!“



# Beamtenbezüge steigen im gleichen Umfang wie die Einkommen der Tarifbeschäftigten

**Für die Beschäftigten der Länder steigen die Tarifeinkommen rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres um 2,0 Prozent und um weitere 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018. Darauf haben sich Mitte Februar – unmittelbar nach dem Redaktionsschluss der letzten Ausgabe – die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Vertreter der Länder in Potsdam geeinigt. Auch die GdP war an den Verhandlungen beteiligt. Zudem wurden eine Reihe struktureller Verbesserungen für einzelne Entgeltgruppen oder Arbeitsbereiche vereinbart.**

Für alle Tarifbeschäftigten bis zur Entgeltgruppe 9 Stufe 3 und in den beiden ersten Stufen der Entgeltgruppe 10 bis 12 gibt es in diesem Jahr mindestens 75 Euro mehr. Durch die Einführung einer zusätzlichen Erfahrungsstufe 6 ab der Entgeltgruppe 9 bekommen langjährig Beschäftigte im öffentlichen Dienst zudem eine zusätzliche Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent zum 1. Januar 2018 und von weiteren 1,5 Prozent zum 1. Oktober 2018. Für beide Forderungen hatte sich die GdP eingesetzt, damit auch in den unteren Entgeltgruppen das Einkommen zum täglichen Leben reicht. Und damit sich auch bei der Polizei Berufserfahrung bezahlt macht. Auch für die Auszubildenden gibt es eine stärkere Einkommenserhöhung. Ihr Einkommen steigt zum 1. Januar 2017 sowie zum 1. Januar 2018 um 35 Euro.

Unmittelbar nach dem Tarifabschluss haben die Gewerkschaften Gespräche mit der Landesregierung aufgenommen, um eine Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtin-

nen und Beamten und die Versorgungsempfänger zu erreichen. An den Gesprächen waren neben der GdP auch der DGB, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Bildungsgewerkschaft GEW und der Beamtenbund beteiligt.

## Übernahme für die Beamten und die Versorgungsempfänger

Grundlage der Gespräche war eine bereits vor zwei Jahren mit der Landesregierung geschlossene Vereinbarung, dass der diesjährige Tarifabschluss wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger übertragen wird. Lediglich beim Zeitpunkt der Besoldungsanpassung hatte die Landesregierung seinerzeit darauf beharrt, dass die Besoldungsanpassung drei Monate später in Kraft tritt.

Weil der Tarifabschluss neben der prozentualen Erhöhung auch strukturelle Verbesserungen beinhaltet, die sich nicht unmittelbar auf die Beam-

ten übertragen lassen, haben die Gewerkschaften in den jetzt geführten Verhandlungen einen finanziellen Ausgleich für die Beamten gefordert. Dieser Forderung ist die Landesregierung in drei Punkten nachgekommen:

1. Die Beamtenbezüge und die Bezüge der Versorgungsempfänger werden um die gleichen Prozentpunkte erhöht, wie die Einkommen der Tarifbeschäftigten. Anders als in anderen Bundesländern wird es aber keinen Abzug von 0,2 Prozent für den Aufbau einer Versorgungsrücklage geben. Das hatte die Landesregierung zunächst gefordert.
2. Anders als im Tarifbereich gilt der Mindestbetrag von 75 Euro Besoldungserhöhung für dieses Jahr ohne Kappungsgrenze.
3. Die dreimonatige Abkopplung der Besoldungserhöhung gilt nur für 2017, nicht aber für 2018.

Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfänger in NRW steigen dadurch zum 1. April 2017 um 2,0 Prozent, mindestens jedoch um 75 Euro. Am 1. Januar 2018 kommen weitere 2,35 Prozent hinzu.

## GdP bewertet die Übernahme des Tarifabschlusses positiv

Die GdP bewertet die Vereinbarung mit der Landesregierung positiv. „Ministerpräsidentin Kraft hat ihr Versprechen, den Tarifabschluss auch für die Beamtinnen und Beamten in NRW zu übernehmen, wahrgemacht. Das hilft uns, den öffentlichen Dienst auch in den kommenden Jahren attraktiv zu halten“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert nach Abschluss der Gespräche am 2. März.

In der Summe führt die Vereinbarung mit der Landesregierung dazu, dass die Bezüge der Beamtinnen und Beamten in den nächsten beiden Jahren einschließlich des Mindestbetrags zwischen 4,4 und 5,47 Prozent steigen. Zudem erfolgt die zweistufige Besoldungsanpassung im Vergleich zur letzten Besoldungsanpassung jeweils mehrere Monate früher, nämlich zum 1. April 2017 bzw. zum 1. Januar 2018.

Die Besoldungsanpassung soll noch vor Ende der Legislaturperiode den Landtag passieren.



# Strategische Überlegungen im K-Bereich

Die Gewerkschaft der Polizei in NRW wird häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei eine reine „S-Gewerkschaft“ und verfüge nicht über ausreichende Kompetenz im K-Bereich. Um diesem Irrglauben nicht nur entgegenzuwirken, sondern das Gegenteil auch besser zu kommunizieren – sowohl extern als auch in der Mitgliedschaft – hat der Geschäftsführende Landesvorstand eine Arbeitsgruppe beauftragt, entsprechen-

de Vorschläge zu erarbeiten. Die AG setzt sich aus Kripo-Experten aus unterschiedlichen Behörden (Landratsbehörden, Präsidien, Landesoberbehörden) und aus Experten unterschiedlicher Fachrichtungen zusammen.

Erste Arbeitsergebnisse liegen bereits vor. So wird im Herbst ein Workshop stattfinden, auf dem Vorschläge für einen zukunftsfähigen Ermittlungsdienst erarbeitet und dem Vor-

stand vorgelegt werden sollen. Dabei sollen Vertreter aller GdP-Untergliederungen zu unterschiedlichen Bereichen im Rahmen einer Open-Space-Veranstaltung ihre Vorschläge und Überlegungen mit beitragen können. Außerdem hat die AG bereits praxis- und zielgruppenorientierte Verbesserungen der externen und der internen Kommunikation entwickelt, die sich bereits in der Umsetzung befinden.

## Weniger Einbrüche – aber mehr Gewalt

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW nach einem jahrelangen, nahezu ungebremsten Anstieg erstmals deutlich gesunken, von 62 362 Fällen 2015 auf 52 578 Fälle 2016, das ergibt sich aus der Anfang März veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die GdP bewertet die Trendwende als Beleg dafür, dass die Anstrengungen der Polizei zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu wirken beginnen. „Der Rückgang um fast 10 000 Einbrüche zeigt, dass die Polizei den Kriminellen nicht machtlos gegenübersteht, wenn wir endlich das Personal bekommen, das wir brauchen, um Straftaten zu verhindern und die Täter zu überführen“, sagte GdP-Lan-

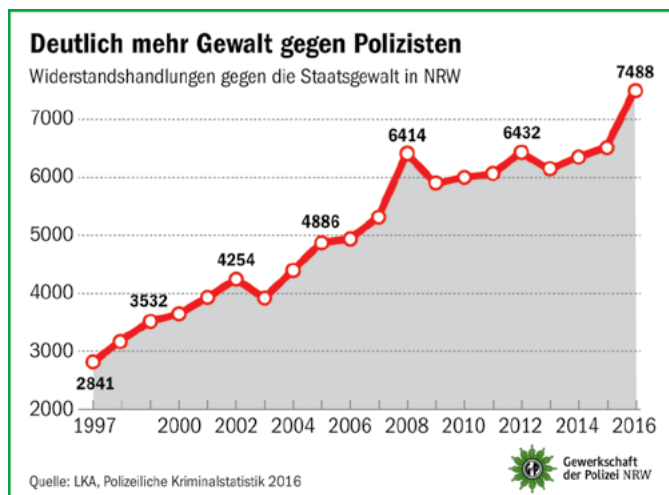
desvorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden der aktuellen PKS gegenüber den Medien. „Beigetragen zum Erfolg hat aber auch die Arbeit der Auswertverbände, die Ausweitung der Schwerpunktkontrollen und die Bildung spezialisierter Ermittlungsstellen in den Polizeibehörden.“

Sorge bereitet der GdP hingegen der deutliche Anstieg der Gewalttaten. Sie stiegen im vergangenen Jahr um 5,1 Prozent auf 48 696 Fälle. Einen Anstieg gab es nicht nur bei Mord und Totschlag, sondern auch bei den Körperverletzungen. 2016 stieg die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen in NRW auf 33 329 Fälle. Das sind 9,2 Prozent mehr als 2015. Auch die

Gewalt nicht in einer allgemeinen Verrohung der Gesellschaft, sondern im problematischen Verhalten einzelner Gruppen. „Unsere Gesellschaft ist nicht insgesamt gewalttätiger geworden, aber da wo zugeschlagen wird, passiert das mit wachsender Brutalität. Da wird noch nachgetreten und geschlagen, wenn das Opfer längst am Boden liegt“, sagte Plickert.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die GdP mehr Präsenz der Polizei an den Brennpunkten der Gewalt. „Gewalt hängt oft mit starkem Alkoholkonsum zusammen. Deshalb müssen wir an den Partymeilen unsere sichtbare Präsenz deutlich ausbauen, vor allem in den Abendstunden und an den Wochenenden.“ Eine abschreckende Wirkung verspricht sich die GdP auch vom geplanten Einsatz der Bodycam.

Deutlich gestiegen sind auch die Angriffe auf Polizisten. Alleine die Zahl der Widerstandshandlungen gegen Bedienstete des Staates stieg im vergangenen Jahr von 6512 auf 7488 Fälle. In 95 Prozent der Fälle sind Polizisten die Opfer. „Die Politik hat dieses Problem zu lange verdrängt“, klagt Plickert. „Inzwischen sind allerdings sowohl auf der Bundesebene als auch von der Landesregierung mehrere Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht worden, um die Täter wirksam zu bestrafen. Ich hoffe, dass die geplanten Strafverschärfungen bald verabschiedet werden, damit die Täter nicht länger ungeschoren davonkommen.“



**Im vergangenen Jahr ist in NRW die Zahl der Übergriffe auf Bedienstete des Staates erneut massiv gestiegen, auf 7488 Fälle. In 95 Prozent aller Fälle (6161 Fälle) galten die Angriffe Polizistinnen und Polizisten.**



# Lernen von den Niederlanden

GdP fordert flächendeckende Einführung von Laptops im Streifenwagen

**Wenn Polizisten in NRW einen Verkehrsunfall aufnehmen oder bei einem Diebstahl ermitteln, müssen sie die Daten erst mühsam vor Ort in einer Kladde festhalten, um sie später auf der Wache erneut in einen Computer einzugeben. Nur wenige Kilometer weiter, in den Niederlanden, ist das längst anders. Dort sind die Streifenwagen in den letzten Jahren nach und nach mit Tablets ausgestattet worden. Zudem verfügen alle niederländischen Polizisten über ein Diensthandy, von dem sie jederzeit auf alle relevanten polizeiinternen Daten zugreifen können. Selbst der Standort der Einsatzfahrzeuge ist über deren GPS-Daten abrufbar. Die gut 100 Teilnehmer des GdP-Forums für den Wach- und Wechseldienst Anfang März in Düsseldorf waren sich deshalb schnell einig: Auch in NRW brauchen wir dringend Laptops auf den Streifenwagen.**

Warum die technische Aufrüstung der Polizei längst überfällig ist, zeigt auch ein nüchterner Blick auf die Zahlen: 5 268 670 Einsätze hat die Polizei im vergangenen Jahr in NRW absolviert. Das sind 30 Prozent mehr als noch vor drei Jahren. Und die Arbeitsbelastung wird in den kommenden Jahren noch weiter wachsen! Dass sich die Polizei angesichts dieser Situation eine doppelte Erfassung der Daten nicht leisten kann, liegt auf der Hand. „Sie ist auch schlichtweg unnötig, wenn die Polizei endlich die Möglichkeiten der Datenerfassung und -verarbeitung nutzen würde, die es längst gibt“, betonte auf dem Forum GdP-Vorstandsmitglied Heiko Müller. Für die GdP geht es dabei nicht nur um die Datenerfassung, „sondern darum, dass die Polizei endlich im Informationszeitalter ankommt“, sagte Müller. Was das konkret heißt, hat Roel Jacobs, Projektleiter Mobile Werkplaats der niederländischen Polizei, eindrucksvoll auf dem GdP-Forum erläutert. Die holländischen Kollegen können zum Beispiel bei einer Personenüberprüfung Ausweise direkt vor Ort mobil einlesen und mit der Datenbank der Polizei abgleichen. Auch Halterabfragen bei Fahrzeugen erfolgen elektronisch. „Wir machen unsere Arbeit jetzt mobil und viel seltener im Büro“, schilderte Jacobs den neuen Berufsalltag der niederländischen Kollegen. Der Vorteil: Durch den Wegfall der unnötigen Doppelarbeit ist in den Niederlanden der Arbeitsdruck bei der Polizei deutlich gesunken. Auch die Zahl der Überstunden ist zurückgegangen. Zudem

gibt es deutlich schnellere Einsatzreaktionszeiten.

Bis auch bei uns Diensthandys und Laptops zu einem selbstverständlichen Einsatzmittel geworden sind, ist es noch ein weiter Weg.

Trotzdem will NRW jetzt zumindest den ersten Schritt in diese Richtung gehen: Mitte März hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) angekündigt, dass in vier Polizeibehörden Streifenwagen probeweise mit Tablets ausgestattet werden sollen. Aus Sicht der GdP ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Wir werden darauf achten, dass diesem Schritt schnell die notwendigen weiteren Schritte folgen“, kündigte GdP-Vorstandsmitglied Müller an.

Weitere Themen des Forums waren die Forderungen der GdP nach Ausstattung der Streifenwagen mit einer zusätzlichen dritten Schutzweste für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter und

die Anschaffung eines neuen Schutzhelms, der bei einer Terrorlage eingesetzt werden kann. Ein ballistischer Schutzhelm, der auch einem Beschuss mit großkalibrigen Langwaffen standhält, ohne zu schwer zu sein, muss von der Industrie erst noch entwickelt werden. Das LZPD hat trotzdem bereits mit einer Marktschau nach einem geeigneten Helm begonnen. Auch beim Fahrzeugpark der Polizei wird es Veränderungen geben.

Der BMW 318 dT sei ein tolles Auto, aber kein Streifenwagen, hieß es dazu auf dem Forum. Deshalb sollen als Alternative für die nächste Generation des Funkstreifenwagens ab dem Sommer in mehreren Behörden der Ford S-Max, Opel Zafira, BMW Gran Tourer und VW-Touran getestet werden. Als mögliche Alternative für den VW-Bus hat das LZPD zudem 65 Mercedes Vito bestellt.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



Im Superwahljahr 2017 stehen bei den Gewerkschaften die Themen Rente und Arbeitszeit besonders im Fokus. Keine Unbekannten für die Polizei. Im Zeichen der Terrorgefahr steigt die Einsatzbelastung der Kollegen weiter an, obwohl jetzt schon Polizisten kaum Verschnaufpausen gegönnt werden. Politische Entscheidungen zu Arbeitszeit, Einstellungshöhe sowie Ausstattung der Polizei werden von der neuen Landesregierung erwartet. Unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ vereint der DGB die Mitgliedsgewerkschaften wieder am 1. Mai 2017. Im Zeichen der Solidarität fordert die Gewerkschaftsfamilie den politischen Fokus auf Arbeitnehmer zu richten. Auf der bundesweiten Hauptkundgebung in Gelsenkirchen wird DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann außerdem vor der gesellschaftlichen Spaltung durch Rechtspopulisten warnen. Darüber hinaus wird Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles als Rednerin empfangen. In Köln findet die NRW-Hauptkundgebung mit Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender DGB NRW) und Hannelore Kraft statt. Als weitere prominente Redner haben sich Jürgen Trittin sowie Karl-Josef Laumann angemeldet. Landesweit werden an rund 80 Standorten ca. 95 000 Menschen zusammen feiern. Gerade für Familien etablierte sich der Maifeiertag als Topevent. Neben den Kundgebungen wird für leibliches Wohl und Musik gesorgt sein.

Mehr Infos: [nrw.dgb.de](http://nrw.dgb.de).

Zeitgleich starten die vom DGB mitgetragenen Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Unter dem Motto „Kopf über. Welt unter.“ thematisiert das Festival unsere bewegten Zeiten.

Mehr unter: [ruhrfestspiele.de](http://ruhrfestspiele.de).



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe  
ist der 3. April 2017.**

**GdP-Service GmbH NRW:**

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 1.4. Grete Schramm, Heinsberg
- 14.4. Rolf Westenburger,  
Recklinghausen
- 17.4. Helmut Benke, Bad Salzuflen

### 91. Geburtstag

- 6.4. Lieselotte Middelkötter, Hattingen
- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 13.4. Heinrich Albers, Bonn
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen  
Anneliese Weihe, Minden

### 92. Geburtstag

- 5.4. Herbert Pitzke, Gauting
- 8.4. Elfriede Scholz, Dortmund
- 11.4. Johanna Weimer, Düsseldorf
- 14.4. Hildegard Kruse, Duisburg
- 30.4. Günter Lilei, Holzwickede

### 93. Geburtstag

- 2.4. Paul Schrewe, Gütersloh
- 17.4. Hildegard Halfmann,  
Wermelskirchen
- 22.4. Helene Kiefer, Velbert

### 94. Geburtstag

- 3.4. Jutta Gieshoidt, Recklinghausen
- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 15.4. Hans Becker, Frechen

### 95. Geburtstag

- 4.4. Gertrud Niessen, Köln
- 17.4. Gustav Mouritz, Krefeld
- 28.4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

### 96. Geburtstag

- 10.4. Erna Hubrich, Wilnsdorf
- 12.4. Margarete Pieperei, Köln

### 97. Geburtstag

- 11.4. Irma Breunig, Aachen
- 16.4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
- 17.4. Frieda Salchow, Bielefeld
- 28.4. Stefan Kremer, Bergisch  
Gladbach

### 98. Geburtstag

- 10.4. Wilhelm Kramer,  
Schloß Holte-Stukenbrock

### 102. Geburtstag

- 1.4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht  
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



# Weniger Kontrollen – mehr Tote

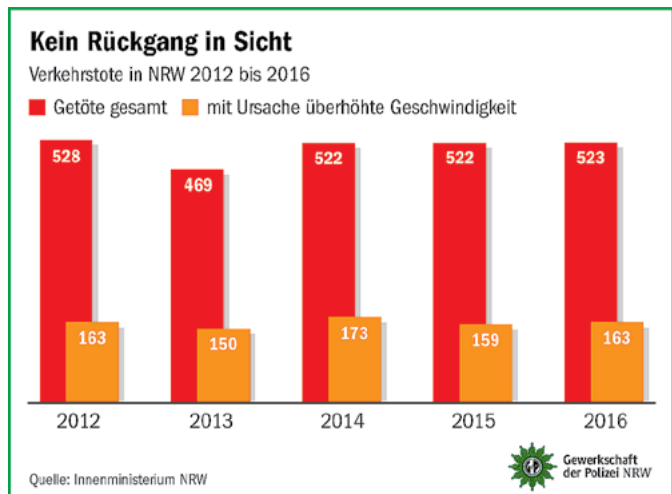
**Weil es immer weniger Anhaltekontrollen gibt, ist es in NRW in den letzten Jahren nicht gelungen, die Zahl der Verkehrstoten zu senken. Im Gegenteil: Seit 2013 sind die Zahlen der Verkehrstoten sogar wiedergestiegen, auf 523 Tote im vergangenen Jahr. Das zeigt die Ende Februar veröffentlichte Verkehrsunfallstatistik 2016. Für die GdP sind das alarmierende Zahlen. Sie fordert eine deutliche Ausweitung der Anhaltekontrollen und den Einsatz intelligenter Technik bei der Verkehrsunfallbekämpfung.**

„Die Unfallentwicklung zeigt deutlich, dass wir mit dem Aufstellen von immer mehr stationären Blitzern nicht viel erreichen. Stationäre Blitzer verhindern nicht, dass davor und dahinter gerast wird. Deshalb muss die Verkehrsüberwachung intelligenter werden“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens nach dem Bekanntwerden der aktuellen Zahlen. Neben dem Ausbau der Section Control fordert die GdP deshalb den verstärkten Einsatz semistationärer Anlagen, bei denen die Blitzanlage auf einem Anhänger montiert ist. Sie arbeiten nach dem Aufstellen

rund um die Uhr und können schnell verlegt werden. Zudem können sie an Standorten eingesetzt werden, in denen der Aufbau von herkömmlichen Messgeräten zu gefährlich ist, wie z. B. in engen Baustellen.

Um nachhaltig zu wirken, müssen die Verkehrskontrollen zudem das ganze Jahr über durchgeführt und nicht auf einen einzigen Tag konzentriert werden, wie das beim Blitz-Marathon der Fall ist. Dass NRW beim nächsten europaweiten Blitz-Marathon am 19. April nicht mit dabei ist, ist deshalb aus Sicht der GdP verschmerzbar. Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat den Verzicht auf den nächsten Blitz-Marathon damit begründet, dass zeitgleich in Köln der Bundesparteitag der rechtspopulistischen AfD stattfindet. Dadurch sind viele Polizeikräfte gebunden. Außer NRW werden sich

auch Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin nicht am Blitz-Marathon beteiligen, ebenfalls wegen Arbeitsüberlastung. „Der Verzicht von NRW auf den nächsten Blitz-Marathon ist angesichts der Arbeitsbelastung an diesem Tag absolut richtig. Das heißt aber nicht, dass wir die Zahl der Kontrollen insgesamt verringern dürfen“, sagte Verkehrsexperte Mertens. „Sonst wird die Zahl der Verkehrstoten weiter steigen.“



**Trotz der immer sicherer werdenden Autos stagniert in NRW die Zahl der Verkehrstoten. Mehr als ein Drittel der Verkehrstoten geht auf überhöhte Geschwindigkeit zurück.**

## JAV-Wahl 2017:

# Briefwahl kann schon jetzt beantragt werden

Für die vom 6. bis 9. Juni stattfindenden Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in der Polizei steht jetzt der detaillierte Fahrplan fest: Für den 3. April ist die Veröffentlichung des Wahlausschreibens vorgesehen. Ab dann können Wahlvorschläge bei den Wahlvorständen eingereicht werden. Im Wahlausschreiben steht auch, wo genau vom 6. bis 9. Juni gewählt werden kann. Auch die genauen Öffnungszeiten der Wahllokale werden bereits festgelegt. So können Wahlberechtigte schon jetzt entscheiden, ob sie ihre Stimme persönlich an den Wahltagen abgeben oder ob sie schriftlich per Briefwahl abstimmen wollen.

Wer sich für die Briefwahl entscheidet, muss das beim Wahlvorstand beantragen. Am einfachsten geht das mit dem Wahlbotenservice, den die GdP-Kreisgruppen anbieten. Die Wahlboten nehmen die Unterlagen vom Wahlvorstand in Empfang, bringen sie zu den Wahlberechtigten und sorgen anschließend auch dafür, dass die Wahlunterlagen wieder beim Wahlvorstand eingehen.

**Gemeinsam stark.**

Auch in diesem Jahr wird sich die GdP erneut an allen Standorten mit

eigener JAV mit einem starken Team an den Wahlen beteiligen. Unter dem Motto „Gemeinsam stark.“ treten die jungen GdP-Mitglieder dabei nicht nur für die Wahlen der örtlichen JAV an, sondern auch für die Wahlen zur landesweiten Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV).

Eine örtliche JAV gibt es in den zehn Ausbildungsbehörden in NRW (Aachen, Bonn, Köln, Bielefeld, Münster, Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hagen) und beim LZPD.

Mehr Infos: [jan.velleman@gdp-nrw.de](mailto:jan.velleman@gdp-nrw.de)



## In eigener Sache Mitarbeiter/-in ab sofort gesucht

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) NRW sucht eine Mitarbeiter/-in für 20 Stunden pro Woche (Teilzeit) für die Poststelle.

Die Aufgaben umfassen unter anderem: Post-/Paketversand; Bestellwesen, Verwaltung und Lagerung von Büromaterial; Telefonvermittlung; Auf- und Abbauarbeiten bei Veranstaltungen; Kopiertätigkeiten; Weiterleitung des zentralen Fax- und Maileingangs; Botengänge; Annahme von Lieferungen; kleine Hausmeistertätigkeiten.

Wir erwarten ein hohes Maß an Flexibilität insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeiten z. B. bei der Urlaubsvertretung in der Poststelle, eine gute Teamfähigkeit und den Führerschein der Klasse C 1 sowie handwerkliches Geschick.

Wir bieten: Gehalt nach Haustarif (entsprechend TV-L – EG 4) sowie ein spannendes Arbeitsumfeld.  
Bewerbungen bitte an:

Gewerkschaft der Polizei NRW,  
Geschäftsführer Andreas Nowak,  
Gudastraße 5 – 7, 40625 Düsseldorf,  
andreas.nowak@gdp-nrw.de



**Gewerkschaft  
der Polizei NRW**

## Glücksnummern des Monats

45 4976  
Janina Adler, Essen/Mülheim  
45 4989  
Frank Lingen, Krefeld  
45 4995  
Linda Welge, LKA  
45 4996  
Wolfgang Horres, Erftkreis

**Die Gewinner im April erhalten  
eine GdP-Tasche Country.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Dortmund

12. April, 16:00 Uhr, Jahreshauptversammlung Senioren, Kantine Polizeipräsidium, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund, Wahl des Gesamtseiniorenvorstandes

### Kreisgruppe Köln

18. Mai, 14:00 Uhr, Mitgliederversammlung Seniorengruppe, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln

### Kreisgruppe Unna

26. April, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Buxtorfhaus, Perthesstr. 8, 59174 Kamen, der Seniorenbeauftragte der Stadt Kamen, Markus Fallenberg referiert zum Thema Vollmachten

## GdP aktiv

**6.4.**, Skatturnier der Kreisgruppe LKA, 16 Uhr, Bistro der „Cantine“, Völklinger Str. 49, Düsseldorf

**12.4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, Bonn

**22.4.**, GdP-Party „Frühlingserwa-

chen“ der Kreisgruppe Düren, ab 20:00 Uhr, ENDART-Kulturfabrik, Veldener Straße 59, Düren

**1.5.**, NRW-Hauptkundgebung in Köln mit Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender DGB NRW) und Hannelore Kraft. Mehr Infos: nrw.dgb.de

## NACHRUFE

Horst Ostrowski	20.02.1948	Aachen	Luise Lüttgens	19.09.1924	Heinsberg
Franz Ahlers-Zientek	06.01.1935	Aachen	Leon Bercher	02.02.1993	Köln
Erwin Krieger	23.11.1938	Bielefeld	Adalbert Schaffner	10.05.1920	Köln
Emma Klussmann	05.03.1917	Bochum	Peter Schmidt	29.04.1943	Köln
Niklas Lappe	13.01.1993	Bochum	Adalbert Stapper	10.02.1950	Köln
Udo Patz	12.09.1940	Bochum	Manfred Röhsing	01.04.1936	Krefeld
Johann Rochhold	16.01.1921	Dortmund	Martha Siptroth	12.01.1922	Märkischer Kreis
Heinz Weidenhaupt	22.06.1940	Düren	Franz Uphus	23.06.1933	Neuss
Anneliese Evers	12.10.1927	Essen/Mülheim	Norbert Grüterich	26.06.1956	Oberbergischer Kreis
Udo Hagemann	13.03.1944	Essen/Mülheim	Heinz Bramhoff	30.12.1926	Oberhausen
Liselotte Hoffmann	03.08.1919	Essen/Mülheim	Siegfried Kobsch	12.05.1943	Siegen
Marga Gertrud Langwieler	26.02.1928	Essen/Mülheim	Erika Malich	28.12.1938	Siegen
Regina Liebertz	22.04.1926	Euskirchen	Axel Rücker	15.05.1952	Siegen
Günter Frenskowski	01.07.1933	Gelsenkirchen	Horst Zepernick	25.01.1934	Solingen
Hannelore Neumann	17.05.1927	Gelsenkirchen	Georg Mendel	31.07.1934	Steinfurt
Gerd Paltian	13.05.1958	Gelsenkirchen	Heinz Dusen	24.10.1919	Viersen
Reinhold Schöning	12.01.1956	Gütersloh	Franz Sauermann	10.11.1927	Viersen
Helmut Ziemann	02.11.1932	Hagen	Werner Hanke	17.06.1926	Warendorf
Johannes Lohmann	12.08.1939	Hamm	Erwin Hesselmann	14.09.1932	Wesel

